

SPEKTRUM**STEUERPOLITIK GEGEN UNGESUNDES****Wissenschaftliche Argumente für die „Zuckersteuer“**

STUTT GART - 06.04.2018, 15:15 UHR



Sollten Verbraucher für gesundes Essen weniger bezahlen als für ungesundes? Wäre eine soziale Spaltung zu befürchten? (Foto: Boyarkina Marina / stock.adobe.com)

Eine Steuerpolitik gegen Ungesundes – in Großbritannien gilt sie seit dem heutigen Freitag. Auch hierzulande wird sie immer wieder gefordert, immer wieder wird sie von der deutschen Politik zurückgewiesen. Eine Begründung: Sie habe keinen Nutzen. Zucker, vor allem in Softdrinks, und andere ungesunde Lebensmittel, sowie nicht zuletzt Alkohol und Zigaretten sind Teil der Debatte. In der britischen Fachzeitschrift „The Lancet“ wurden jetzt fünf internationale Studien zur Thematik veröffentlicht.

Fünf internationale Studien, die am Mittwoch im Lancet veröffentlicht wurden, kommen laut einer dpa-Meldung zu dem Ergebnis, dass zusätzliche Steuern auf Softdrinks, Alkohol und Tabak der Zunahme chronischer und nichtübertragbarer Erkrankungen entgegenwirken könnten. Schlaganfälle, Herzerkrankungen, Diabetes, chronische Atemwegserkrankungen und Krebs seien häufig auf ungesunde Ernährung und Suchtmittel zurückzuführen.

Steuer soll vor allem der ärmeren Bevölkerung nutzen

Insgesamt wurden über 300 internationale Studien und Daten aus 13 Ländern ausgewertet: Chile, Guatemala, Panama, Nicaragua, Albanien, Polen, Türkei, Tadschikistan, Tansania, Niger, Nigeria, Indien und Timor-Leste. Ein Ergebnis dabei war, dass höhere Preise für ungesunde Konsumgüter, die Nachfrage vor allem bei einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen senken könnten.

Mehr zum Thema



BESTEuerung VON LEBENSMITTELN

Die Softdrink-Steuer wirkt. Sollte Gemüse mehrwertsteuerfrei sein?



WHO

Softdrink-Steuer gegen nicht übertragbare Krankheiten

Diese Gruppe sei wiederum besonders häufig von schweren Krankheiten betroffen. Nichtübertragbare Krankheiten seien sowohl Hauptursache als auch Hauptfolge von Armut weltweit, wird Rachel Nugent von der dpa zitiert. Denn die Therapie der Krankheiten bedeutet auch eine wirtschaftliche Belastung. Nugent ist Leiterin des Lancet-Programms „The Lancet Taskforce on NCDs and Economics“ zu nichtübertragbaren Krankheiten und gehört der Nichtregierungsorganisation RTI (Research Triangle Institute) in Seattle an.

Noncommunicable diseases (NCDs) in Europa

Nicht übertragbare Krankheiten (NCDs) betreffen, weltweit betrachtet, vor allem Europa. Dabei handelt es sich um eine relativ kleine Gruppe von Erkrankungen, die für einen großen Teil der gesamten Krankheitslast in Europa verantwortlich ist.

- Diabetes
- kardiovaskuläre Erkrankungen
- Krebs
- chronische Atemwegserkrankungen
- psychische Störungen

Diese fünf Erkrankungen sind schätzungsweise für 86 Prozent der Todesfälle in Europa verantwortlich.

Laut Nugent sei es sinnvoll, die zusätzlich generierten Steuereinnahmen in die Armutsbekämpfung zu investieren. Befürchtungen, dass höhere Steuern auf Tabak, Alkohol und Softdrinks der ärmeren Bevölkerung schaden, seien übertrieben. Auch die DDG (Deutsche Diabetes Gesellschaft) stellte kürzlich (anlässlich der KiGGS-Studie) in einer Pressemitteilung den überproportional hohen Konsum zuckerhaltiger Getränke bei sozial schwachen Kindern und Jugendlichen fest.

Sind Konzerne wie Coca-Cola schuld an den NCDs?

Deutschland tut sich mit der Einführung von Sondersteuern auf ungesunde Produkte schwer. Vergangenen Mittwoch warf Foodwatch dem Coca-Cola-Konzern in einem 100-seitigen Bericht – „Der Coca-Cola-Report: Über die Verantwortung des Getränke-Giganten für die Epidemie chronischer Erkrankungen“ – vor, wissenschaftlich belegte Risiken seiner zuckerhaltigen Getränke zu verharmlosen. Foodwatch macht Coca-Cola für die Zunahme von Fettleibigkeit und Diabetes mitverantwortlich. Laut dpa-Meldung wies der US-Konzern dies umgehend zurück: Man investiere überproportional viel in die Werbung für Getränke ohne oder mit weniger Zucker. Foodwatch kritisiert konkret die an Kinder gerichtete Werbung, so traten beispielsweise neun der 20 meistabonnierten Youtube-Stars im Deutschland bereits im „CokeTV“ auf.

Der Einladung von Foodwatch, zur Vorstellung des „Coca-Cola Reports“ ist Coca-Cola übrigens nicht gefolgt. Coca Cola begründet das damit, dass es Foodwatch nicht um einen lösungsorientierten Dialog ginge. „Die Einladung zur Pressekonferenz war in Wahrheit eine Vorladung an den von Foodwatch aufgestellten Pranger“, sagt Patrick

Kammerer, Direktor Public Affairs & Unternehmenskommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung von Coca-Cola Deutschland.

Aussage gegen Aussage?

Foodwatch kritisiert, dass Studienergebnisse bislang offensichtlich vom Auftraggeber abhingen. So würden 80 Prozent der von der Lebensmittelindustrie finanzierten Studien zu dem Ergebnis kommen, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Übergewicht und dem Konsum von Zuckergetränken. 80 Prozent unabhängig finanzierter Studien zeigten jedoch das Gegenteil.

Interne E-Mails von Coca-Cola sollen zeigen, dass der Konzern Sonderabgaben oder -steuern auf zuckergesüßte Getränke fürchtet. In einem Strategiepapier werde der Bekämpfung dieser Maßnahme die höchste Priorität eingeräumt: „Zurückschlagen“ (im englischen Original: „fight back“).

Auch Ernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) teilte dem Deutschen Ärzteblatt mit: „Es klingt einfach und verlockend, eine zusätzliche Steuer für Fertigprodukte in unserem Land zu erheben. Aber die Praxis tut der Theorie nicht immer den Gefallen.“ Auf der anderen Seite räume sie ein, dass der Zuckergehalt in manchen Produkten mithilfe einer Steuer sinken könnte. Im Fokus stünden jedoch nicht einzelne Nährstoffe, sondern die gesamte Lebens- und Ernährungsweise und somit auch der Gesamtkaloriengehalt.

Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach twitterte am 4. April: „Erfahrungen mit einer Zuckersteuer, die gleichzeitig für eine Steuersenkung gesunder Lebensmittel eingesetzt wird, zeigen Erfolge. Besonders für Kinder. Das sollten wir ernsthaft prüfen. Kombiniert mit einem Werbeverbot für Tabakprodukte.“

Wissenschaftliche Argumente

Auf der Seite der “Lancet Taskforce on NCDs and economics” heißt es: Die fünf Publikationen der Arbeitsgruppe zeigen, dass Armut NCDs fördert und durch NCDs gefördert wird. Finanzieller Schutz vor hohen medizinischen Kosten könne aber diesen Kreis durchbrechen. Preispolitik und Steuern sind effektive Mittel, NCD-Risikofaktoren, wie Tabak und ungesunde Ernährung, zu reduzieren. Gleichzeitig können sie Ungleichheiten verringern. Zusätzlich führen Investitionen in die NCD-Kontrolle zu einem erhöhten ökonomischen Wachstum.

”

The five Taskforce papers show that poverty drives and is driven by NCDs, but that financial protection from high medical costs can break this cycle; price policies and taxation are effective means to reduce NCD risk factors, such as tobacco and unhealthy diet, and can reduce inequalities; and that investment in NCD control results in increased economic growth.

Lancet Taskforce on NCDs and economics

Die Fünf Arbeiten die am 4. April veröffentlicht wurden tragen die Titel:

- [Investing in non-communicable disease prevention and management to advance the Sustainable Development Goals](#)
- [Tackling socioeconomic inequalities and non-communicable diseases in low-income and middle-income countries under the Sustainable Development agenda](#)
- [Action to address the household economic burden of non-communicable diseases](#)
- [Equity impacts of price policies to promote healthy behaviours](#)
- [Investing in non-communicable diseases: an estimation of the return on investment for prevention and treatment services](#)

Inhalt